

Konfliktgrün soll auf Schulwegen wegfallen

Verkehr Der Grosse Rat will die Schulwegsicherheit weiter erhöhen.

Null Verkehrstote in Basel-Stadt und umfangreiche Massnahmen für eine erhöhte Schulwegsicherheit: Diese Forderungen stehen in Basel-Stadt derzeit im Raum. Die Thematik hat sich schmerzlich ins Bewusstsein der Baslerinnen und Basler gedrängt, nachdem ein 11-jähriger Junge Ende Juni 2024 auf dem Nachhauseweg nach der Schule von einem Lastwagen erfasst und tödlich verletzt worden ist.

Der Grosse Rat hat gestern eine Motion von Basta-Grossrätin Tonja Zürcher zweitüberwiesen, die «rasche und konkrete Massnahmen» fordert, um bis in zwei Jahren alle Schulwege gemäss dem kantonalen Schulwegplan «tatsächlich sicher zu machen». Regierungsrätin Esther Keller (GLP) hatte vergebens um die Überweisung in abgeschwächter Form gebeten. Dies, da sich aktuell bereits mehrere Vorstöße mit ähnlicher Stossrichtung in der Umsetzung befänden und laufend Massnahmen umgesetzt würden. In seiner Stellungnahme zählt der Regierungsrat eine ganze Reihe an unlängst umgesetzten Verbesserungen auf.

Tiefgreifende Vorschläge

Die Schulwegsicherheit habe für die Exekutive sehr hohe Priorität, so Keller. Sie ist aber nicht der Meinung, dass alle Schulwege im Plan, die nicht als «geeignet» gekennzeichnet sind, per se Massnahmen benötigen. «Alle Strassen sind auf gewisse Weise Schulwege, weil wir ein sehr dichtes Netz an Kindergärten und Schulhäusern haben. Potenziell wären also fast alle Strassen betroffen», sagte Keller. Aufgrund der regen Bautätigkeit im Stadtkanton und neuer Schulstandorte sei die dynamische Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen zielführender, als ein starres Paket.

Die Vorschläge, die in der Motion aufgezählt werden, sind teils weitgreifend: Auf allen Schulwegen Tempo 30 oder Begegnungszonen einführen oder den Verkehr dank autofreien Strassen oder Einbahnregimes reduzieren.

Zu reden gaben zuletzt auch immer wieder Kreuzungen mit sogenanntem Konfliktgrün, bei denen Fussgänger und der abbiegende Verkehr zeitgleich Grün haben. Solche Querungen in Basel sollen durch deren Aufhebung sicherer gemacht werden.

Aus Sicht der Verwaltung erhöht Konfliktgrün aber sogar die Verkehrssicherheit – anders als oft angenommen. Denn ohne würden die Wartezeiten an komplexen Kreuzungen so lang, dass es mehr Rotlichtübertretungen durch Ungeduldige geben könnte. Dies birgt statistisch gesehen ein höheres Unfallrisiko. Der Vorstoss zählt als mögliche Anpassung daher auch längere Grün-Phasen für Fussgängerinnen auf. Auch bauliche Massnahmen, etwa Mittelinseln oder die Abgrenzung von Velo- und Fussgängerwegen durch Poller, werden der Regierung zur Umsetzung nahegelegt.

Bürgerliches Schweigen

Um all dies zu bewerkstelligen, hat Motionärin Tonja Zürcher die Umsetzungsfrist auf vier statt zwei Jahre verlängert.

Überraschend: Obwohl die Forderung weitreichende Veränderungen und Eingriffe in das heutige Verkehrsregime bedeuten könnte, meldete sich kein einziger Sprecher auf bürgerlicher Seite zu Wort. Dies, obwohl SVP, LDP, FDP und der Grossteil der Mitte/EVP-Fraktionen für die abgeschwächte Überweisung als Anzug stimmten. Auch der Basler Gewerbeverband hatte den Parlamentsmitgliedern im Vorfeld eine Ablehnung empfohlen. Durch die Einführung von Fahrverboten und neuen Verkehrsführungen werde die Erreichbarkeit von Kunden, Lieferanten oder Betriebsstätten für das Gewerbe erschwert, was für die Unternehmen Verzögerungen und erhöhte Kosten bedeute. Am Schluss wurde der verbindliche Vorstoss mit 51 zu 39 Stimmen deutlich überwiesen.

Anja Sciarra